



Schwäbisch Hall, 13. März 2017

Resolution zu den Abschiebungen von Flüchtlingen nach Afghanistan

Der Kreisverband fordert, die Abschiebungen auszusetzen und die Sicherheitslage neu zu bewerten

Täglich erreichen uns Schreckensmeldungen aus Afghanistan. So berichtete die UN, dass allein im letzten Jahr 3512 Kinder bei den kriegerischen Auseinandersetzungen starben. Fast täglich werden in Kabul und anderen Orten Menschen Opfer von Anschlägen, auch sechs MitarbeiterInnen des Roten Kreuzes wurden getötet. Die Zahl der zivilen Todesopfer hat den höchsten Stand seit 8 Jahren erreicht! Die Taliban sind weiter auf dem Vormarsch und der IS ist in Afghanistan bereits aktiv. Zwei Fakten verdeutlichen die lebensbedrohliche Lage ergänzend: Die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes um ein weiteres Jahr vor wenigen Wochen und der überdeutliche Hinweis des Auswärtigen Amtes: "Vor Reisen nach Afghanistan wird dringend gewarnt!"

Die Annahme, einzelne Regionen dort seien ausreichend sicher und damit Abschiebungen nach Afghanistan durchführbar, ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar.

Hinzu kommt, dass viele Menschen zurückgeschickt werden, die seit vielen Jahren in Deutschland leben und auch gemeinsam mit ehrenamtlichen HelferInnen beträchtliche Integrationsbemühungen unternommen haben. Dafür gibt es auch in unserem Landkreis viele Beispiele. Solches Engagement wird mit diesen Abschiebungen im Nachhinein sinnlos gemacht.

Die Verschärfung von Regelungen in der Flüchtlingsfrage ist ein vorauseilender Tribut an rechtsnationale Tendenzen im Land. Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das dringend Zuwanderung braucht und trotzdem noch kein Einwanderungsgesetz hat, benötigt auch aus diesem Grund einen vernünftigen und menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen.

Landesregierung muss Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen!

Die Landesregierung muss bei ihren politischen Entscheidungen stets ein besonderes Augenmerk auf Humanität und Menschenrechte setzen. Darum fordern wir von ihr und insbesondere vom zuständigen CDU-Innenminister Thomas Strobl die Aussetzung aller Abschiebungen nach Afghanistan, bis eine den Verhältnissen vor Ort gerecht werdende Neueinschätzung der Sicherheitslage vorgenommen wurde.

Bundesregierung muss Neubewertung der Sicherheitslage in Afghanistan vornehmen!

Wir fordern die Bundesregierung und insbesondere den hier zuständigen Außenminister Sigmar Gabriel auf, die Sicherheitslage in Afghanistan auf Grundlage aktueller Einschätzungen von UNHCR und der vor Ort tätigen Hilfsorganisationen und NGOs erneut zu bewerten. Dabei müssen die vorhandenen, ernstzunehmenden Zweifel an der derzeitigen Sicherheitsbewertung einbezogen werden.